

Österreichische Gemeinden sind für ambitionierten Klimaschutz

Zusammenarbeit für Klimaneutralität 2040 und die Energiewende auf allen politischen Ebenen, besonders aber auf Landesebene, gefordert

*(Wien, 16.11.2021) Beim Klimaschutz gehen viele österreichische Gemeinden bereits mit gutem Beispiel voran und sprechen sich für konkrete Maßnahmen zum Schutz des Klimas aus: über 100 Bürgermeister*innen aus ganz Österreich bekennen sich zur Klimaneutralität 2040 sowie zu 100 Prozent erneuerbarer Energie. Sie bekräftigten das mit ihrer Unterschrift für die Unterstützung des EEÖ „Appells an die Bundesländer für starken Klimaschutz und die Energiewende“. Stellvertretend für all diese Gemeinden luden die Bürgermeister Klaus Luger (Linz), Martin Bruckner (Großschönau) und Georg Willi (Innsbruck) gemeinsam mit dem Dachverband Erneuerbare Energie Österreich (EEÖ) zu einem Pressegespräch. Sie betonten dabei die Notwendigkeit von entschlossenem, raschem Handeln und gemeinsamer Politik.*

Damit die Klimakrise aufgehalten werden und Österreich bis 2040 klimaneutral sein kann, muss der Energieverbrauch bis 2040 drastisch reduziert werden, die Wärmeversorgung dekarbonisiert werden und die erneuerbare Stromproduktion rasch und signifikant erhöht werden. „Dies ist das absolute Mindestmaß“, bemerkt Christoph Wagner, Präsident des EEÖ: „Der erste Schritt wird die erneuerbare Stromversorgung bis 2030 sein. Selbst dafür reichen die derzeit implementierten Ziele und Maßnahmen des Bundes alleine nicht aus. Klimaneutralität braucht neben den Gesetzen auf Bundesebene eben auch konkrete und ausreichende Vorgaben und Maßnahmen seitens der Bundesländer. Die Projekte müssen auf Landesebene verortet und umgesetzt werden.“

Gemeinden stellen sich hinter die Klimaneutralität 2040

„Wir haben uns in Linz vorgenommen, noch in diesem Jahr im Gemeinderat unter Einbeziehung aller Fraktionen ein neues Klima-Maßnahmenpaket zu beschließen. Nur gemeinsam können wir diese große Aufgabe bewältigen. Die Stadt soll mit ihren Einrichtungen als Vorbild vorangehen. Sämtliche Gebäude und andere Bereiche der Stadtverwaltung werden so umgebaut und umgerüstet, dass sie spätestens 2040 klimaneutral sind. Das betrifft vor allem die Dekarbonisierung der Heizsysteme, Beleuchtung aus klimaneutralen Energiequellen und die Kühlung der Gebäude ohne Strom-intensive Klimaanlage. Mit diesen Umbauarbeiten und den damit verbundenen Aufträgen werden wir auch die Linzer Wirtschaft stärken. Die Photovoltaik-Initiative soll weiter ausgebaut werden. In der neuen Stadtregierung werden wir noch in diesem Herbst die notwendigen Beschlüsse fassen, damit bis 2040 die Hälfte der von den Haushalten benötigten elektrischen Energie aus Solarstrom kommt“, so Bürgermeister Klaus Luger. Er ergänzt, dass es aber auch die Unterstützung des Landes Oberösterreich braucht, damit Linz auf Klimaneutralitätskurs bleiben kann. „Linz kann die Klimaneutralität 2040 nur dann erreichen, wenn die erneuerbare Stromerzeugung aus ganz Oberösterreich zur Verfügung gestellt wird. Allein ein Industriebetrieb wie die Voestalpine wird sehr viel erneuerbaren Strom benötigen, der nicht in der Stadt Linz erzeugt werden kann“, so Luger.

„In Großschönau wurde vor 35 Jahren die 1.Österreichische Umwelt- und Energiemesse erfunden, und auch mit der SONNENWELT wird eine multimediale Erlebniswelt für Klima und Energie

betrieben. Großschönau will 2030 Klimaneutralität erreichen!“, betont Martin Bruckner, Bürgermeister von Großschönau und setzt fort: „Unsere Wärme ist zu 98% erneuerbar und Haushaltsstrom zu 100%. Als Gemeinde bauen und sanieren wir ausschließlich im Passivhausstandard und wir verwenden ausschließlich Elektro- Gemeindeautos. Für Bürger*innen und Gäste betreiben wir fünf öffentliche Ladesäulen mit Gratisstrom. Bis 2025 wird durch die Verdreifachung unserer PV-Anlagenfläche auch Industriestrom zu 100% erneuerbar sein. Derzeit wird eine regionale Energiegemeinschaft unter Einbeziehung der gesamten Kleinregion Lainsitztal aufgebaut. Um erfolgreich zu sein, müssen wir das Ziel auf allen politischen Ebenen verfolgen. Bundes-, Landes und die Gemeindepolitik sind gefordert, die entsprechende Rahmenbedingungen und Handlungen zu setzen. Die Bürger*innen sind bereit, bei der Klimaneutralität mitzumachen, wenn ihnen die Möglichkeiten geboten werden!“

„Städte werden von den Auswirkungen der Klimakrise einerseits überproportional hart getroffen, stellen aber gleichzeitig einen wichtigen Raum für Innovation dar. Es freut mich, dass so zahlreiche Gemeinden in Österreich diese Herausforderung erkannt und angenommen haben. Gemeinsam mit der Innsbrucker Immobiliengesellschaft (IIG), den Innsbrucker Kommunalbetrieben (IKB), Innsbrucker Verkehrsbetrieben (IVB) und der Universität Innsbruck arbeiten wir bereits eifrig an unserem Vorhaben, Innsbruck bis 2030 klimaneutral zu machen. Unser Ziel ist es, eine wissenschaftlich fundierte Grundlage zu schaffen. Darauf aufbauend sollen ein Stufenplan zur Erreichung der Klimaneutralität entwickelt und jene Potenzialgebiete identifiziert werden, die als prioritäre Pilotgebiete ausgewiesen werden können. Bereits in Umsetzung befindliche Maßnahmen reichen von umfangreichen Photovoltaik-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden bis hin zur stetigen Verkehrsreduktion in Innsbruck,“ beschreibt Georg Willi, Bürgermeister von Innsbruck, die Vorgehensweise der Stadt.

„Die Handlungsbereitschaft und der Umsetzungswille auf Gemeindeebene sind vorhanden. Die regionalen Unternehmen stehen bereit für die erforderlichen Investitionen. Sie brauchen dafür Investitionssicherheit durch eine klare politische und rechtliche Ausrichtung. Nun müssen sich also auch die Länder zu den Bundeszielen bekennen, diese auf Landesebene konkretisieren und umsetzen“, betont Wagner.

Landeshauptleute müssen jetzt die Weichen für die Klimaneutralität 2040 stellen

Bei der Landeshauptleutekonferenz am 18. und 19. November 2021 kommen alle Landeshauptleute zusammen und besprechen wichtige Weichenstellungen für die Zukunft. „Der EEÖ erwartet sich, dass es die Länder und Landeshauptleute im Zuge der Landeshauptleutekonferenz den Gemeinden und Bürgermeister*innen gleichtun und sich eindeutig zu ambitioniertem Klimaschutz, und zur Klimaneutralität 2040, bekennen“, stellt Wagner fest: „Es müssen jetzt die wesentlichen Weichen für die Klimaneutralität 2040 gestellt und auch die Realisierung von 100 % Strom aus erneuerbaren Energien bis 2030 konkretisiert und beschleunigt werden. Die Umstellung unseres Energiesystems auf Erneuerbare ist Standortpolitik, Sozialpolitik und Klima- sowie Umweltpolitik zugleich. Daher ist dies auf der politischen Agenda ganz oben anzusiedeln! Schließlich geht es hier auch um Generationenpolitik, die für die Zukunft unserer Kinder und Enkel entscheidend ist.“

Rückfragehinweis:

Dipl. Martina Prechtl-Grundnig

Geschäftsführerin

+43 (0)664 146 53 33

martina.prechtl@erneuerbare-energie.at